

Gerster, Stolpe und Schily machen's vor: Geld ist genug da!

Seit 1. Januar 2004 sind die neuen „Reformen“ der Bundesregierung in Kraft. Reformen, das heißt heute: Ungenierter Griff ins Portemonnaie der kleinen Leute. Einerseits werden soziale Einrichtungen geschlossen und andererseits auf viele von der Bevölkerung selbst geschaffene Leistungen Gebühren erhoben. Pro Vierteljahr muss für den Besuch beim Arzt eine Gebühr von 10 € an die Kran-

Termine noch einklagbare Vertragsstrafen enthalten. Ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr die Bundesregierung am Gängelband der Großindustrie geführt wird. Von Stolpe lernen heißt verschleiern lernen, dachte sich auch Arbeitsamtschef Gerster. Er holte sich externen Rat, um „Betriebsblindheit“ auszuschließen, für die Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit. Im Klartext: wie führe ich am effektivsten Krieg gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Ausgege-

bene Beraterhonorare: 40 Millionen €. Die meisten Beraterverträge wurden dann auch ohne die üblichen Ausschreibungen, das heißt ohne Preis-Leistungs-Vergleich abgeschlossen, sondern z.B. dem Gerster-Spezi Roland Berger zugeschanzt. Der mittlerweile gefeuerte Gerster erhält zwei Jahre sein volles Gehalt weiter: 500.000 €. Hinter Gerster und Stolpe wollte auch Innenminister Schily nicht zurückstehen und verkündete den

Fortsetzung auf Seite 2



kenkassen entrichtet werden. Im Gegenzug dazu kürzen die Kassen die Leistungen an Patienten. Chronisch Kranke und Behinderte sind besonders stark betroffen. Als sei das noch nicht ungerecht genug, haben sich Bundespolitiker zunächst eine Ausnahmeregelung geschaffen: Sie zahlen nur 5 € pro Quartal, den Rest nehmen sie dreist aus der Staatskasse.

Dabei erfahren wir täglich, dass genug Geld da ist: Beispiel LKW-Maut – Minister Stolpe hat für die „Einholung von externem Rat“ satte 16 Millionen € an Berater gezahlt. Das Dumme ist nur, dass das Mautsystem noch nicht einmal funktioniert. Die Fachleute haben mit den verantwortlichen Unternehmen Telecom und Daimler Chrysler Verträge abgeschlossen, die weder verbindliche

Ostermarsch 2004

Totaler Markt – totaler Krieg?

Samstag, 10. April 2004

Auftakt:

10.30 Uhr am Hauptbahnhof Wiesbaden

Abschlusskundgebung:

etwa 13. 00 Uhr am Rathaus Wiesbaden

Gerechtigkeit schafft Frieden!

Es rufen auf: Friedensinitiative Mainz; Friedensinitiative Wiesbaden; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) Gruppe Mainz und Gruppe Wiesbaden; DKP Bezirk Rheinland-Pfalz; DKP Wiesbaden; Linke Liste (LiLi) Wiesbaden; Medieninitiative Mainz/Wiesbaden Radio quer e.V.; PDS Kreisverband Mainz-Bingen.

Politiker gegen Umzug des BKA: Heuchler oder Kämpfer?

Umzug des Bundeskriminalamtes nach Berlin. Natürlich könnte im Zeitalter der elektronischen Datenübertragung das BKA auch in einem noch abgelegenerem Nest als Wiesbaden angesiedelt sein, aber: Geld ist doch genug da. Also 600 Millionen geschätzte Umzugskosten für das BKA.

Auch Kriegsminister Struck greift mutig in die Staatskasse: er verkündet frech, dass die Bundeswehr weltweit eingesetzt wird (was keinen Verfassungsrichter stört), und kündigt an, die Bundeswehr dafür „fit zu machen“. Die Kosten hierzu bleiben vorerst im Dunkeln, dürften aber alle vorgenannten weit übersteigen. Was Minister können, dürfen Unternehmen, die am Tropf der öffentlichen Kassen hängen, erst recht: Die Europäische Weltraumagentur ESA konstruierte eine Weltraumsonde und schickte sie zum Mars. Sie sollte die unglaublich wichtige Frage klären: Gibt es dort Leben? Da der Imperialismus sich gerade anschickt die Lebensgrundlagen auf der Erde zu zerstören, ist es natürlich von Bedeutung, ob es dann wenigstens woanders noch Leben gibt. Leider ist die Marssonde „Beagle II“ seit ihrem Eintritt in die Marsatmosphäre verschollen. 350 Millionen € wurden in den Sand gesetzt. BRD Anteil: 80 Millionen. Die Konsequenz daraus: Man plant die nächste Marsmission und will auch wieder Mondlandungen anvisieren. Wahrlich: Geld ist genug da. Übrigens: sollte es wirklich Leben auf dem Mars geben, hoffen wir, dass es intelligenter als das Leben auf der Erde ist.

Klaus Weidner

Um es vorweg zu sagen: Die Beschäftigten des BKA haben Recht, wenn sie für ihre Interessen auf die Straße gehen. Aber bei genauem Hinsehen erkennt man unter den mitprotestierenden Politikern eine bunte Korona von Heuchlern. Wir erinnern uns: Als im Herbst 2003 Tausende Lehrer/innen und Polizist/innen gegen den sozialen Kahlschlag der Regierung Koch protestierten, war die Reaktion von „oben“ deutlich: Innenminister Bouffier wollte den Polizist/innen das Demonstrieren verbieten, die Bildungsministerin Wolff drohte den Lehrer/innen mit Einträgen in die Personalakten. Mittlerweile ist bei den gleichen Leuten eine erschreckende „Radikalisierung“ eingetreten.

In Sachen BKA-Umzug heißt es jetzt: „Das Maß ist voll“ (Jung, CDU) In Abwandlung eines historischen Appells der kommunistischen Arbeiterschaft formulierte man: „Hände weg vom BKA“ (FDP-Jungrevolutzer Rentsch). Selbiger hat sogleich eine Protestliste im Internet installiert! Er klagt an, dass „Mitarbeiter aus ihrem Leben und Umfeld gerissen“ werden. Wenn das der Westerwelle hört, was die örtlichen Vertreter der Flexibilisierungsapostel hier veranstalten. Bei der BKA-Demo mit 6000 Teilnehmer/innen am 17.1.04 in Wiesbaden trat selbst die an der Regierung beteiligte Ministerin Wieczorek-Zeul auf und versprach den

umzugsunwilligen Beamten, „für sie zu kämpfen“. Ein Ehrenwort wurde aber nicht abgegeben. Vermutlich hat sie bereits montags wieder verbal auf lehrstellen-suchende Jugendliche eingepregelt, die angeblich mangels Reisebereitschaft keine Lehrstelle bekommen. Einen Sinneswandel scheinen auch die Wiesbadener Redakteure durchgemacht zu haben. Wird bei Tarifaueinandersetzungen und Protestaktionen jedes Mal gebetsmühlenartig „Maßhalten“ und „Augenmaß“ gepredigt, gibt es nun Sonderseiten in den Regionalblättchen. Die Redakteure sehen nun „machtvolle Demonstrationen“ und rufen zur „Solidarität“ (sonst ein geschmähtes Unwort) auf. Sogar die auf den Transparenten gezeigten Parolen wurden in der Zeitung minutiös dokumentiert. Aber wir wollen uns nicht beschweren: Nehmen wir die Ereignisse als gutes Zeichen für kommende Kämpfe. Vor meinem geistigen Auge sehe ich „machtvolle“ soziale Bewegungen.

Eingereiht sind die Kämpfer Florian „Iljitsch“ Rentsch, Franz-Josef „Katjuscha“ Jung und Heidi „Pasionaria“ Wieczorek-Zeul. Und erst die Redakteure: Sonderseiten, Interviews mit den Gewerkschaftssekretären, großformatige Bilder mit roten Fahnen! Ich kann es kaum erwarten, dass die nächsten Tarifrunden in die heiße Phase kommen.

Klaus Weidner

Deutschland, Hessen und Wiesbaden: Sozial- und Kulturkahlschlag

Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder - auch Hessens Roland Koch - wollen sparen. Rücksichtslos wird bei denen gestrichen, die am wenigsten haben - abhängig Beschäftigte, Arbeitslose, Familien mit Kindern sowie sozial Schwache.

In **Hessen** sieht es so aus:

- Gelder für Schuldnerberatungen, Obdachlose und für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen werden komplett gestrichen.
- Mittel für die Jugend- und Familienhilfe, für Suchtprävention, für Beschäftigungsinitiativen sowie die Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen werden erheblich gekürzt, Frauenprojekte stehen vor

dem Aus.

- Für Beschäftigte (z.B. Beamte) wird die Arbeitszeit verlängert (ohne Lohnausgleich), das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt.
 - Studierende sollen bis zu 900 EUR Studiengebühren pro Semester zahlen.
- Aber die **großen Konzerne**, Banken und vermögenden Privatleute haben dagegen wenig zu fürchten:
- Senken der festgelegten Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer in Wiesbaden.
 - Die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % kostet 6 Mrd. EUR Steuereinnahmen
 - Unternehmenssteuerreform hat für 2000/2001 zu Mindereinnahmen von etwa

40 Mrd. EUR geführt.

Begründet wird dies mit der **Wettbewerbsfähigkeit** und um Anreize zu Investitionen zu schaffen. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache:

- Senkung der Gewerbesteuer seit 2001 um Anreize für mehr Firmenansiedlungen und Wirtschaftswachstum zu schaffen: Tatsache ist, dass es am 30.9.01 9.612 und am 30.9.03 12.924 Arbeitslose gab - Ziel verfehlt. Forderung: Senkung rückgängig machen.
- Senkung der Grundsteuerhebesätze seit 2001, damit mehr Büroflächen angemietet werden: Tatsache ist, dass der

Aktionen gegen den sozialpolitischen Kahlschlag

Muß Schröder weg?

Zu Zeiten der CDU/CSU-Bundesregierung, also vor 1998, war die Sache relativ einfach: Im Juni 1996 demonstrierten mehr als 350.000 Gewerkschafter in Bonn gegen die Pläne zur Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme. Und zwei Jahre später hieß die Parole und Perspektive von 80.000 Demonstranten in Berlin schlicht „Kohl muß weg!“ Das war richtig,



beitslosengeldes und der Sozialhilfe, zur Zerschlagung der Tarifverträge sowie zur Beseitigung von Zuschüssen für karitative und demokratische Einrichtungen und Beratungsstellen in den Schubladen liegen läßt.

Wenn CDU/CSU (und genauso wenig die FDP) also auch keine fortschrittliche Alternative zur SPD/Grünen-Bundesregierung darstellen – worin liegt dann der politische Ausweg aus der Kahlschlagsmisere? Sicher nicht darin, sich ausschließlich auf den Ausgang der nächsten Wahl zu verlassen. Vielmehr in betrieblichen und öffentlichen Aktionen, in breiten sozialen und politischen Bündnissen auf örtlicher, regionaler und Bundesebene, schließlich in dem bewußten Eintreten möglichst vieler Menschen für einen Politikwechsel.

Eines ist sicher:

Auf Dauer – da geht möglicherweise schon einige Zeit ins Land – kann keine Regierung, weder eine SPD- noch eine CDU/CSU-geführte gegen den öffentlich vertretenen und machtvoll vorgebrachten Mehrheitswillen der Bevölkerung regieren. Als Vorbedingung ist notwendig: Die Verbesserung der Einnahmenseite des Staates und damit der sozialen Sicherungssysteme durch höhere Unternehmenssteuern, rigorosere Abschöpfung von Spekulationsgewinnen, drastische Anhebung des Spitzensteuersatzes, flächendeckende Einbeziehung aller Einkunftsarten ins Beitragsaufkommen usw. usf. muß in den Köpfen der Menschen mehrheitsfähig (gemacht) werden.

Dann bestehen große, vielleicht sogar größte Chancen, den öffentlichen Druck auf die dann amtierende Bundesregierung so gewaltig zu steigern, daß sie sich zu

nachhaltigen Zugeständnissen gezwungen sieht. Aus heutiger Sicht ist dieses Ziel wohl kaum mit Gerhard Schröder und Joseph Fischer an der Spitze nicht zu erreichen. Insofern ist ein plattes „Schröder muß weg!“ nicht falsch, wenn es auch zu kurz greift. Auch das frühere „Kohl muß weg!“ wurde von vielen politisch Aktiven nie auf das Austauschen eines „Kopfes“ reduziert, sondern immer auch mit Forderungen verbunden, welche die neue, die grundsätzlich andere Politikrichtung markierten. So sollte es auch heute sein: Schröder hat abzutanken und Fischer gleich mitzunehmen. Eine andere Bundesregierung muß neue Wege gehen, Ziele setzen und verwirklichen, welche die Reichen und Einkommensmillionäre stärker zur Kasse bittet sowie die Arbeitenden, Erwerbslosen, Studierenden, Schü-

denn viele erhofften sich zu Recht mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die SPD und die Grünen etwas Neues. Und die ersten Monate nach dem Wahlsieg sahen auch tatsächlich so aus, als ob Gerhard Schröder und Joseph Fischer für eine Umkehr beim sozialpolitischen Kahlschlag eintreten würden. Lang, lang ist's her. Inzwischen können Konservative wie Norbert Blüm, früher CDU-Bundesarbeitsminister, die SPD-geführte Bundesregierung locker „links“ überholen. Allerdings hält er von den Sozialabbaukonzepten seiner Partei auch nicht viel.

Heute ist die Lage also etwas komplizierter als 1998. Ein einfaches „Schröder muß weg!“ ist zu wenig und verspricht nicht „automatisch“ eine bessere Perspektive. Viele arbeitende Menschen und auch Erwerbslose wählen nicht selten CDU oder in Bayern CSU, soweit sie nicht durch Wahlenthaltung gegen die Alternativlosigkeit der „Volksparteien“ protestieren. Doch können sie mit einer solchen Stimmabgabe nicht glauben, wirklich etwas Positives für sich zu erreichen. Denn offenbar sind SPD und Grüne gegen solche „Wahlschein-Denkzettel“ immun. Und keiner kann von einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung ernsthaft erwarten, daß sie ihre weitreichenden und tiefgreifenden Pläne zur Privatisierung von Renten und Krankenversicherung, zur Senkung des Ar-

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau

3. April 2004 in Stuttgart

Beginn 11 Uhr am Schloßplatz

Es sprechen:

Rainer Bliesener, DGB Baden-Württemberg
Frank Bsirske, Vorsitzender ver.di,
Giorgio Caprioli, Generalsekretär von FIM-CISL

Abfahrt der Busse in Wiesbaden:

7.30 Uhr, Schlachthofgelände,
Gartenfeldstraße

Rückkehr in Wiesbaden:

Schlachthofgelände, etwa 17 Uhr

Anmeldung beim DGB in Wiesbaden,

☎ 0611/401052.

ler/innen und Rentner/innen entlastet. Wer das auch will, der unterstützt als ersten Schritt alle Protestaktionen und Bündnisse gegen den sozialpolitischen Kahlschlag auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

Horst Gobrecht

Anteil nicht vermieteter Flächen von 3 % auf 10 % stiegen - Ziel verfehlt. Forderung: Senkung rückgängig machen. (Nach Anfrage der Fraktion der Linken Liste würden diese Maßnahmen die städtischen Einnahmen um mehr als 5 Millionen steigen lassen.)

... und wie sieht es mit der **Steuerbelastung** im internationalen Vergleich aus? Steuerquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2001:

- Deutschland 21,7 %
- USA 22,7 %
- Frankreich 28,9 %
- Großbritannien 31,0 %

Für **abhängig Beschäftigte** (Arbeiter, Angestellte und Beamten) sieht dies anders aus: 1980 28,7 %, 1998 35,4 % Steuern und Abgaben; auf **Gewinne**: 1980 22,1 % - 1998 8,6 %.

Anteil sämtlicher Steuern auf **Vermögen** am Bruttoinlandsprodukt:

- Deutschland 0,9 %
- USA 3,1 %
- Frankreich 3,2 %
- Großbritannien 3,9 %

Deutschland ist für wirklich Wohlhabende zur Steueroase geworden! Aber es gibt **Alternativen**, daher fordern attac, PDS und auch die DKP beispielsweise:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Erhebung einer Umsatzsteuer von 1 % auf Wertpapierumsätze, konsequente Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Unternehmen und Privatpersonen
- Beibehaltung des Spitzensteuersatzes von mindestens 48,5 %
- Stärkung der Massenkaukraft durch die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums auf 10.000 EUR
- Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10 % für Jahreseinkommen bis zu 15.000 EUR

Damit wäre ein wenig „**Steuergerechtigkeit**“ wiederhergestellt.

Alle Fakten sind den Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden Januar-März 2004 entnommen.

Andreas Bartl

Totaler Markt – totaler Krieg?

Auszug aus dem Aufruf zum Ostermarsch 2004

Immer brutaler wird die Welt den Interessen des globalen Kapitalismus ausgeliefert. Möglichst alle Lebensbereiche sollen unter neoliberalen Vorzeichen privaten Profitinteressen unterworfen werden. Unter der Vorgabe der „Standortsicherung“ wird auch bei uns ein bisher beispielloser Sozialabbau betrieben: Die sozialen Sicherungssysteme werden gekappt, Lohnabhängige werden fast beliebig erpressbar, die sozialen Ungleichheiten wachsen dramatisch. Der Aggression nach innen entspricht die Aggression nach außen. Weltweit verschärft sich der Konkurrenzkampf. Immer mehr für Produktion und Konsum „untaugliche“ Menschen sowie ganze Regionen werden sich selbst überlassen. Je nach Interessenlage macht man mit den in diesen Regionen Herrschenden Geschäfte, bewaffnet sie für die eigenen Zwecke oder bekämpft sie als „Terroristen“. Auf die selbst erzeugten „Sicherheitsprobleme“ wie zum Beispiel Flüchtlingsströme reagiert man mit brutaler Ausgrenzung und militärischer Gewalt. Während das selbstmörderische System ungebremsten Wachstums unsere Lebensgrundlagen zu zerstören droht, wurde zur direkten Kontrolle der schwindenden Erdölvorkommen ein illegaler Angriffskrieg geführt.

Die Politik Deutschlands und der EU reiht sich hier nahtlos ein. Mit der Verkleinerung der Bundeswehr, dem vorübergehenden Einfrieren der Rüstungsausgaben und der immer wahrscheinlicher werdenden Abschaffung der Wehrpflicht wird uns eine friedliche Ausrichtung der Bundeswehr vorgegaukelt. Tatsächlich aber geht es um mehr militärische Effizienz. Die Bundeswehr wird verstärkt zu einer weltweit zuschlagenden Truppe

umgerüstet. Die ohnehin schon hohen Rüstungsausgaben werden bis 2006 lediglich eingefroren und sollen dann um jährlich 800 Millionen Euro steigen. Es wird umgerüstet, nicht abgerüstet! (...)

Wir treten ein für

- die Auflösung der Krisenreaktionskräfte, den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und allen anderen Auslandseinsätzen, den Austritt aus der NATO, die zivile Nutzung von Militäranlagen und Rüstungsfabriken (Rüstungskonversion);
- ein Europa, das sich dem Krieg verweigert, den Verzicht auf EU-Streitkräfte, eine demokratische, soziale und zivile EU-Verfassung anstelle der bislang geplanten kriegerischen Verfassung und die Mitsprache der Bevölkerung dazu;
- den Abzug der Besatzungsmächte aus dem Irak;
- ein Deutschland, ein Europa, eine Welt ohne Militär und Krieg;
- die Abschaffung aller Kriegs- und sonstiger Zwangsdienste, das Ende der Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in aller Welt, Asyl für Kriegsdienstverweigerer;
- die Sicherung und Verteidigung sozialer Errungenschaften und Standards gegen die räuberischen Angriffe von Staat und Kapitalmacht und damit selbstverständlich die Rücknahme der Agenda 2010;
- eine gerechte Weltwirtschaftsordnung anstelle einer Politik, die Millionen von Menschen zu Armut und Elend verdammt und die künftigen Generationen der Lebensmöglichkeiten beraubt.



UZ unsere zeit
zeitung der DKP

Probelesen?!

CommPress Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Telefon 0201/2486482, Fax 0201/202467. Oder: <http://unsere-zeit.de>

Standpunkt - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: jede ungerade Kalenderwoche donnerstags um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>